

Dr. Eva Schulze, Berliner Institut für Sozialforschung

Beitrag zur ÜPFI - Tagung „Demographischer Wandel und Gender – Ein blinder Fleck?“

Berlinspezifische Ansätze zur Bewältigung des demographischen Wandels.

Frau Nehring - Venus hat die Eckpunkte der Senatspolitik benannt, die sich mit den Problemen befassen, den demographischen Wandel gendergerecht zu gestalten. Zusätzlich dazu möchte ich auf weitere Aktivitäten des Senats verweisen:

- es gibt eine Gender Mainstreaming Geschäftsstelle
- es gibt gezielte Förderprogramme für Frauen
- es gibt die Frauenförderverordnung
- und verschiedene in Auftrag gegebene Studien, die die Genderproblematik analysieren;

Trotzdem bleiben viele Fragen offen und viele Probleme müssen noch bewältigt werden.

Nach Senatsprognosen werden in Berlin 2020 deutlich weniger 20-30 jährige wohnen, dafür mehr 70 bis 85 jährige, der Anteil der über 75 jährigen wird um fast die Hälfte zunehmen. Das Durchschnittsalter wird 44 Jahre betragen. D.h Berlin altert extrem, wenn nicht Kinder dazu kommen

Die Kinderlosigkeit in Berlin ist hoch. Berlin liegt im Städtevergleich bei den Geburten hinter Köln, Hamburg und München. Der Anteil der Familien mit Kindern unter 18 Jahren liegt in Berlin bei weniger als einem Fünftel der Haushalte. Die zentrale Frage ist deshalb, was kann und muss die Hauptstadt tun, um familienfreundlicher zu werden und junge Menschen zur Gründung einer Familie zu ermutigen.

Ich möchte zwei Berlin spezifische Beispiele darstellen, die zeigen welche Ansätze es im Umgang mit dem demographischen Wandel gibt.

Das erste Beispiel ist der Versuch, den Gründen für die hohe Kinderlosigkeit in Berlin nachzugehen. Zur Unterstützung des „Berliner Bündnisses für Familien“ und im Auftrag der Stiftung Jugend und Familie des Landes Berlin haben wir (Berliner Institut für Sozialforschung) eine Studie zur Familienfreundlichkeit Berlins durchgeführt¹, um herauszufinden warum die Berliner so wenig Kinder haben. Diese Befragung wendete sich an Eltern als Experten, um aus deren Sicht zu erfahren, was positiv und was negativ in dieser Stadt ist.

¹ Schulze, Eva, Meyer, Sibylle, Wie familienfreundlich ist Berlin? Ergebnisse der Berliner Elternbefragung 2006 und Konzept zur Familienfreundlichkeitsprüfung, Berlin, 2007

Zentrales Ergebnis der ersten Berliner Elternbefragung ist, dass die Mehrheit der Berliner Eltern ihre Stadt für wenig familienfreundlich hält.

So gibt es nach Aussagen der Eltern in Berlin zwar eine beträchtliche Anzahl von Positiven, wie das verglichen mit anderen Städten große Angebot an Kitas, das gute öffentliche Nahverkehrssystem, das breite auch für Kinder interessante Freizeit- und Kulturangebot sowie die vielen Grünflächen und Spielplätze. In den Einschätzungen überwiegen jedoch die Probleme.

Diese liegen oft weniger in der Quantität der Angebote als vielmehr in der Qualität. So wird z.B. die Zahl der Kitaplätze von der Hälfte der befragten Eltern als ausreichend eingeschätzt, massive Kritik gibt es jedoch an unflexiblen Betreuungszeiten, die nicht mit den Arbeitszeiten übereinstimmen. Qualitätsprobleme gibt es auch beim öffentlichen Nahverkehr. Während das quantitative Angebot als gut angesehen wird, werden viele Probleme im Detail genannt, insbesondere von Eltern mit Kinderwagen.

Besonders positiv werden die Freizeit- und Kulturangebote bewertet. Die Angebote von Kinos, Museen und Bibliotheken und Sporteinrichtungen werden gelobt. Dennoch können viele Familien sich Besuche im Theater, Zoo und Tierpark oder Kunstausstellungen oft nicht leisten.

Was die Angebote für die Ausbildung von Jugendlichen betrifft, spiegelt sich in den Antworten der Befragten sicherlich nicht nur die Berliner Situation wider, sondern die deutsche insgesamt, die durch mangelnde Ausbildungsplätze gekennzeichnet ist. So werden die Ausbildungsplätze für Jugendliche und die Stellenangebote für Berufsanfänger als sehr unzureichend eingeschätzt. Die Studienmöglichkeiten werden demgegenüber – obwohl auch keineswegs nur positiv – deutlich besser eingeschätzt.

Auch die Wirtschaft schneidet wegen der wenig ausgeprägten Familienfreundlichkeit der Betriebe in der Bewertung der Eltern schlecht ab. Viele der Befragten vermissen Betriebskindergärten und flexiblere Arbeitszeiten insbesondere bei familiären Notfällen.

Die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht bei einer Gewichtung der Gründe für die relativ hohe Kinderlosigkeit der Berliner zusammen mit ökonomischen Gründen an erster Stelle und Berlin spezifische Gründe nehmen den zweiten Platz ein. Damit liegen Berlin spezifische Gründe noch vor den individuellen Gründen, die in der öffentlichen Diskussion als Hauptgründe für Kinderlosigkeit eingeschätzt wurden (Kinder schränken zu sehr ein, bedeuten zuviel Verantwortung, bedeuten Abhängigkeit vom Partner usw.).

Dieser Befund ist ein klarer Auftrag an alle, die an der Situation der Berliner Familien etwas verbessern wollen. Es sind nicht individuelle, egoistische Gründe die zu weniger Kindern führen, sondern vielfältige Probleme die eine sichere Lebensplanung mit Kindern beeinträchtigen. Dies fordert zu verstärkten Anstrengungen auf. Anregungen für Verbesserungen finden sich in diesem Bericht viele.

Das zweite Beispiel ist die Verbesserung der Datenlage in Berlin.

Die politische Relevanz von gendergerechten Daten nimmt in dem Maße zu, wie die Gleichstellungsproblematik in der politischen Öffentlichkeit nicht nur diskutiert sondern auch mit Maßnahmen der Umsetzung von Gleichstellung einhergeht.

Die spezifischen Fragestellungen zur Genderproblematik sind als Querschnittsthema in vielen Datenbeständen zu finden. Für Berlin gibt es entsprechend aufbereitete Daten in vielen Studien und Datenbeständen der Berliner Senatsverwaltungen und Forschungsinstituten. Sie verfügen über differenziertes Datenmaterial zu den verschiedensten Themen. Aber es gibt bislang keine systematisierte gendergerechte Informationsbereitstellung.

Dies wurde besonders deutlich an der Erstellung des Berichts „Zur Situation der Frauen in Berlin“². Gerade da hat sich gezeigt wie schwierig es war, Daten zu den relevanten Themen zu recherchieren und mit den verschiedenen Quellen umzugehen.

Zwei Schlussfolgerungen des Berichts sind deshalb in diesem Zusammenhang besonders relevant. Zum einen ist es die Forderungen nach einer „Genderbewußten Informationsbereitstellung“ und der „Einführung einer jährlichen Fortschreibung der Daten zu Genderfragen“³ (S.231, 232).

Wir schlagen deshalb die Gründung eines Servicezentrums „GenderDataBerlin“ vor.

Mit dem Servicezentrum GenderDataBerlin wollen wir ein Portal schaffen für eine verbesserte Koordination und Zugänglichkeit von Daten und damit genderspezifische Informationen und Daten leichter abrufbar und lesbarer anbieten.

GenderDataBerlin soll die disziplinar aufgesplitteten verschiedensten Datenbestände, die geschlechtsspezifisch ausgewertet sind, zusammenführen. Die Zugänglichkeit zu Daten wird im Zuge der Umsetzung von Gender Mainstreaming immer notwendiger. Verantwortliche aus Politik, Verbänden und gesellschaftlichen Organisationen, Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft brauchen valide Daten für die Gestaltung von Entscheidungen im Bereich Gender Mainstreaming. Die Leistungsfähigkeit einer guten Dateninfrastruktur ist damit eine wichtige Grundlage für die Umsetzung des Programms.

Ziele des geplanten Servicezentrums GenderDataBerlin sind (a) die Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten zu existierendem Datenmaterial, (b) die Unterstützung von Politik und Verwaltung und (c) die Befähigung von Interessenten insb. aus Verbänden und gesellschaftlichen Organisationen, Gender-Daten aus den Bereichen der amtlichen Statistik sowie prozessgenerierte Daten aus den einzelnen Senatsverwaltungen, Unternehmen, Verbänden und anderer Datenproduzenten für eigene Analysen zu benutzen. Es sollen hierbei sowohl quantitative als auch qualitative Daten mit einbezogen werden.

Im Rahmen des Servicezentrum GenderDataBerlin soll in einem ersten Schritt vor allem der Zugang zu Daten der Themenbereiche „Frauen, Beruf, Familie“ erleichtert

² An dem die Autorin als Beirätin beteiligt war.

³ Wagner, Alexandra, Botsch, Elisabeth, Frauen in Berlin, Bildung, Berufe, Einkommen, Berlin 2006

werden. Die Kompetenzen für ein solches Querschnittsthema sind disziplinar aufgesplittet und wertvolle Datenbestände sind oft nur schwer oder zu hohen Kosten zugänglich. Wichtige Entwicklungstendenzen, die sowohl für die Verwaltung als auch für Politik, Verbände und gesellschaftliche Institutionen von großem Interesse sind, können so nur mühsam abgeschätzt werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, soll in Zusammenarbeit mit Datenproduzenten sowie den anderen Datenforschungs- und Servicezentren, die Datendokumentation vereinheitlicht werden. Zentral wird die Erstellung und Führung einer Metadatenbank mit (inter-)nationalen Zugriffsmöglichkeiten sein. Die Erarbeitung von Public Use Files und Scientific Use Files sowie die Vernetzung mit den anderen existierenden und aktuell geplanten Datenforschungs- und Servicezentren wird die Erschließung der vorhandenen Datenbestände weiter erleichtern.

Ich möchte meinen Beitrag mit einem Zitat von Renate Schmid der ehem. Familienministerin abrunden

*„Die Anwendung von Gender Mainstreaming muss erlernt werden, sowohl in Politik und Verwaltung als auch in Gesellschaft und Wirtschaft. Es erfordert eine Veränderung in der gedanklichen Herangehensweise, **differenzierte Arbeitsgrundlagen, wie beispielsweise geschlechterdifferenzierte Statistiken, und ein hohes Maß an fachübergreifender Zusammenarbeit**“.*